

BZ BERNER ZEITUNG

BZBERNERZEITUNG.CH



Der Kursaal geht in den Winterschlaf

Stadt Bern Daniel Buser, VR-Präsident der Kongress + Kursaal Bern AG, erklärt im Interview, warum der Kursaal bis im Januar gleich komplett dichtmacht. **Seite 4**

Welt erobern zum Zweiten

Musik Sirens of Lesbos hatten bereits einen Ibiza-Hit. Nun will die Berner Band mit neuer Musik die internationale Karriere ein zweites Mal lancieren. **Seite 25**

ANZEIGE

WIR UNTERSTÜTZEN
FRANZISKA TEUSCHER
 THERESE FRÖSCH
 Präsidentin Spitex Bern
 LENI ROBERT
 ehem. Erziehungsdirektorin Kt. Bern
 RAIMUND RODEWALD
 GL-Stiftung Landschafts-
 schutz Schweiz
 FELIX WOLFFERS
 ehem. Leiter Sozialamt
 Stadt Bern

2x
auf Ihre
Gemeinderatsliste

AZ Bern, Nr. 260 | Preis: CHF 4.60 (inkl. 2,5% MwSt.)

AUSGABE STADT + REGION BERN

Heute 4°/9°
 Der Hochnebel mit Obergrenze auf 1000 bis 1200 m kann sich etwas auflockern.

Morgen 3°/9°
 Es gibt Nebel bis auf rund 800 m, eine Auflösung ist tagsüber möglich.

Seite 29

Heute

Über 5000 Franken für einen Vorstoss

Köniz Wie viel kostet die Bearbeitung der Vorstösse, die im Parlament eingereicht werden? Das wollten SVP und FDP von der Verwaltung wissen. Die Antwort: Ein Durchschnittsvorstoss kostet 5314 Franken. **Seite 4**

Beim Dählhölzli-Lift fehlt der Notausgang

Dählhölzli Der Tierpark soll einen Lift vom Aareufer zum Vivarium bekommen. Im Mai wurde er vorgestellt, doch Ende August merkten die Zuständigen: Das Projekt ist illegal, der Notausstieg fehlt. Es verzögert sich. **Seite 5**

Schöner wohnen neben dem Bundeshaus

Stadt Bern Einst sorgte die denkmalgeschützte Liegenschaft am Münzrain für Aufruhr, jetzt werden die sanierten Wohnungen im Haus neu vermietet. Erster Mieter: ein Mitglied der Landesregierung. **Seite 5**

Die Friedhofkatze hat sich zurückgezogen

Köniz Während Jahren schlich Miggeli auf dem Friedhof umher und spendete den Menschen Trost. In den letzten Monaten liess sie sich nicht mehr blicken. Die Leute machten sich Sorgen. Aber Miggeli lebt noch. **Seite 7**

Was Sie wo finden

Unterhaltung	20
Forum	27
TV/Radio	30/31

Anzeigen	
Immobilienmarkt	26
Todesanzeigen	28

Wie Sie uns erreichen

Zentrale Bern	031 330 31 11
Abo-Service	0844 844 466 (Lokaltarif)
Redaktionen	
Burgdorf	034 409 34 34
Bern	031 330 33 33
Redaktion E-Mail	redaktion@bernerzeitung.ch
Anzeigen	031 330 33 10

BZ BERNER ZEITUNG



Wirtschaftsdirektor Ammann fordert Bund zu Notrecht auf

Kanton Bern «Der Bundesrat muss erneut die ausserordentliche Lage ausrufen», sagt SP-Regierungsrat Christoph Ammann. Dies, um eine drohende Konkurswelle zu stoppen.

Quentin Schlapbach

Der Bundesrat drückt aufs Gas – könnte man jedenfalls meinen. Am Mittwoch hat er eine Verordnung in die Vernehmlassung geschickt, die angeschlagenen Unternehmen zu Hilfe eilen soll. 200 Millionen Franken will er dafür aufwenden. Lediglich zehn Tage haben die Kantone Zeit, um zu der Vorlage Stellung zu neh-

men. Auch sie müssen sich gemäss der Verordnung zur Hälfte an den Kosten beteiligen.

Der Berner Wirtschaftsdirektor Christoph Ammann hat sich seine Meinung bereits gebildet. Er hält die Bundesverordnung angesichts der heutigen Situation für unbrauchbar. «Der Finanzrahmen, wie er diese Woche vom Bundesrat definiert worden ist, wäre bloss ein Tropfen auf

den heissen Stein», so Ammann. Nicht nur sei der Gesamtbeitrag viel zu tief. Auch das vermeintlich schnelle Tempo reiche bei weitem nicht aus. «Unter diesen Härtefällen gibt es Betriebe, die Soforthilfe erwarten. Das heisst Auszahlungen noch im Jahr 2020.»

Christoph Ammann fordert vom Bundesrat deshalb, dass er die Covid-Kreditlösungen vom

letzten Frühling wieder reaktiviert. «Der Bundesrat müsste erneut die ausserordentliche Lage ausrufen», sagt Ammann. Angesichts der dramatischen Situation für die Wirtschaft sehe er keine andere Lösung. «Nur der Bund kann mit dem nötigen Tempo und der erforderlichen Wirkung handeln», so Ammann. Es drohen sonst in vielen Branchen Konkurse. **Seite 3**

YB liegt nach klarem Sieg im Fahrplan



Fussball YB hatte mit CSKA Sofia keine Probleme und siegte 3:0. Mambimbi (rechts) traf zweimal, Sulejmani einmal, die Tore fielen in der ersten halben Stunde. Die Berner haben in der Europa League aus drei Spielen vier Punkte gesammelt und befinden sich auf Kurs Richtung K.-o.-Phase. (stü) **Seite 17**

Foto: Raphael Moser

Teure Klimademo auf dem Bundesplatz

Bern Die Räumung des Klimacamps auf dem Bundesplatz hat Kosten von mehreren Hunderttausend Franken verursacht. Das geht aus der Antwort des Berner Gemeinderats auf eine kleine Anfrage von Stadtrat Erich Hess (SVP) hervor. Die Kantonspolizei habe für ihren Einsatz während des Klimacamps vom September 426'375 Franken und 60 Rappen aufgewendet, schreibt die Stadt-

regierung in ihrer Antwort. Der Betrag sei im Pauschalvertrag der Stadt Bern mit der Polizei enthalten und werde nicht zusätzlich verrechnet.

Umstritten ist, wie viel die Regierung von der Aktion gewusst hat. Sie räumt ein, dass sie im Besitz einer E-Mail gewesen sei. Dort wurde sie offenbar von den Klimaaktivisten an der Nase herumgeführt. (sda) **Seite 6**

Pornoseiten zeigten Bilder aus dem Marzili

Stadt Bern Tausende Menschen tummeln sich an einem warmen Sommertag im Freibad Marzili. Eine junge Frau hat nun entdeckt, dass viele davon heimlich fotografiert worden sind und die Bilder anschliessend – ohne ihr Wissen – auf Pornoseiten landeten. Über 2000 Bilder fasste der entsprechende Ordner der Pornoseite, die Bilder wurden über 13'000-mal aufgerufen.

Zivilrechtlich handelt es sich dabei um schwere Persönlichkeitsverletzungen. Doch dagegen vorzugehen, sei schwierig. Das sagt der Anwalt Alexander Kernen. Das liege zum einen an der Anonymität und zum anderen an der Internationalität des Internets. Trotzdem: Die junge Frau konnte inzwischen erreichen, dass die Bilder von den Pornoseiten verschwanden. (lea) **Seite 6**

Zwist unter Gutachtern

Blausee Seit gestern liegt ein zweites Gutachten zum illegal abgelagerten Schotter aus dem Lötschberg-Scheiteltunnel vor. Das eine stammt von Hans Rudolf Keusen, das andere von der Firma Geotest. Das Spezielle an der Situation: Jahrelang war Keusen untrennbar mit Geotest verbunden. Er hat das Unternehmen als Geschäftsleiter und Verwaltungsrat zu einem der führenden Geologiebüros des Landes gemacht. Auch nach seiner Pensionierung blieb er Geotest treu – bis zum Fall Blausee. Während Keusen für die Fischzuchtbesitzer rund um Stefan Linder arbeitet, hat Geotest ein Mandat von Vigier als Steinbruchbetreiberin. Im gestern veröffentlichten Bericht von Keusen kritisiert der 79-jährige das Geotest-Gutachten scharf. So findet er es etwa nicht nachvollziehbar, weshalb seine ehemaligen Kollegen zum Schluss kommen, eine Gefährdung des Grundwassers sei vom deponierten Material nicht ausgegangen. Das Gegenteil sei der Fall. Geotest weist die Vorwürfe zurück. (mab) **Seite 2+3**

Der Durchmarsch der Demokraten misslang

USA Etwas war nach den Wahlen in den USA gestern klar: Die blaue Welle – ein Erdrutschsieg der Demokraten um Joe Biden gegen die Republikaner um Donald Trump – ist ausgeblieben. Im Repräsentantenhaus verloren die Demokraten zwar nicht die Mehrheit, aber Sitze, im Senat gelang es ihnen nicht, die Mehrheit zu erobern.

Bei den Präsidentschaftswahlen holte Joe Biden zwar so viele Stimmen wie kein anderer Kandidat je. Doch das Rennen zwischen Donald Trump und ihm in den Staaten, wo die Wahl entschieden wird, blieb gestern bis Redaktionsschluss eng. Während das Team um Joe Biden Zuversicht markierte, begannen innerhalb der Demokratischen Partei bereits wieder die Flügelkämpfe. (mhg) **Seite 10, 11, 12+14**

ANZEIGE

Weil unser Handeln globale Konsequenzen hat.

Ja zur Konzernverantwortungs-Initiative

Ja zur Kriegsgeschäfte-Initiative

SP

Region

«In der Stadt Bern werden vorübergehend noch mehr Hotels schliessen»

Kursaal im Shutdown Der Kursaal schliesst für zwei Monate sein Hotel und seine Restaurants. Der Verlust wäre sonst immens, sagt Daniel Buser, Verwaltungsratspräsident der Kongress + Kursaal Bern AG.

Michael Bucher

Daniel, Buser, der gesamte Kursaal wird während der nächsten zwei Monate komplett geschlossen. Was gab genau den Ausschlag dazu?

Wir sind primär ein Kongress- und Eventlokal. Die Einschränkungen, die der Kanton Bern vor zwei Wochen beschlossen hat, bedeuten faktisch einen Lockdown für unser Geschäftsmodell.

Wie stark fallen denn die fehlenden Veranstaltungen ins Gewicht?

Die Hälfte unseres Umsatzes stammt aus Kongressen und Veranstaltungen. In den letzten Monaten hatten wir wieder mehr Buchungen, allerdings lagen die immer noch 30 Prozent unter den Vorjahreszahlen. Nun fällt auch das weg. Wobei: Der Dezember ist eigentlich kein Kongressmonat. Was im Dezember vor allem schmerzt, ist der Wegfall der zahlreichen Weihnachtsessen. Auch die Silvesterparty und der Boxing Day fallen ins Wasser.

Hotels und Restaurants dürften weiterhin offen bleiben. Warum schliessen Sie auch diese?

Es rechnet sich schlicht nicht, die wenigen Gäste, die sich noch in den Kursaal verirren, zu bedienen. Im Giardino beispielsweise hat es Platz für rund 100 Personen. Letzte Woche sass dort abends nur noch etwa fünf bis zehn Gäste. Es zeigt, die Leute gehen derzeit nicht mehr auswärts essen – was natürlich absolut verständlich ist in der gegenwärtigen Lage.

Trotzdem überrascht die totale Schliessung.

Sehen Sie, der monatliche Verlust wäre immens. Wenn wir ganz schliessen, fahren wir zwar immer noch einen Verlust ein, jedoch einen deutlich kleineren. Drei Franken ausgeben, um einen zu verdienen, das funktioniert nicht.

Sind Hotel- und Gastronomiebetrieb im Kursaal so stark von Kongressen und Veranstaltungen abhängig?

Ja, denn der Kursaal Bern hat eine All-in-One-Strategie. Nehmen wir das Beispiel des Zahnmedizinischen Kongresses von nächster Woche. Dieser hätte 500 Teilnehmende in den Kursaal gelockt und unser Hotel für zwei Nächte gefüllt. Diese Leute hätten zu einem beträchtlichen Teil auch bei uns gegessen. Doch nun findet der Anlass ausschliesslich online statt.

Wie sah es jüngst bei der Hotelauslastung aus?

Bei einer Kapazität von 170 Betten haben wir derzeit nur rund 10 bis 20 Hotelgäste. Das ist ein totales Minusgeschäft. Die Stadthotellerie in Bern leidet extrem. Ich gehe davon aus, dass in Bern noch mehr Hotels vorübergehend schliessen werden.

Auch das Spielcasino ist geschlossen.

Ja, dieses mussten wir am 23. Oktober schliessen. Das ist bitter für uns, denn wir hatten viel in ein Schutzkonzept investiert. Ärgerlich ist zudem, dass in Baden, Luzern und Zürich Casinos immer noch geöffnet sind. Am 23. November gibt der Regierungsrat



Daniel Buser, VR-Präsident der Kongress + Kursaal Bern AG. Foto: PD/Kursaal Bern

«Auch für Februar, März und April will derzeit niemand eine Veranstaltung buchen. Das führt zu einer grossen Unsicherheit.»

Daniel Buser

die nächsten Massnahmen bekannt. Wir hoffen, dass dann Casinos im Kanton Bern wieder öffnen dürfen. Nach dem Lockdown im Frühling zeigte sich, dass die Leute rasch wieder ins Casino kommen.

«Das Überleben des Kursaals Bern ist unser oberstes Ziel», hiess es in der Medienmitteilung vom Mittwoch. Das tönt dramatisch.

Ja, es ist dramatisch. Dass keine Kongresse und Veranstaltungen erlaubt sind, ist nur das akute Problem. Was uns mittelfristig grosse Sorgen bereitet, ist

die Planungsunsicherheit. Auch für Februar, März und April will derzeit niemand eine Veranstaltung buchen. Das führt zu einer grossen Unsicherheit.

2019 verzeichnete der Kursaal einen Umsatz von 37 Millionen Franken. Wie wird es dieses Jahr aussehen?

Vor einem Jahr waren wir noch ein absolut gesundes Unternehmen. Jetzt haben wir einen Umsatzeinbruch von über 60 Prozent. Es wird vermutlich lange dauern, bis wir wieder auf dem Niveau vor dem Pandemieausbruch sein werden.

Wie hoch wird der Verlust in diesem Jahr sein?
Ich befürchte, der wird über 5 Millionen Franken betragen.

Sind eigentlich alle 457 Festangestellten nun in Kurzarbeit?

Lediglich ein Teil des Personals blieb in den vergangenen Monaten in Kurzarbeit. Jetzt ist wiederum der Grossteil davon betroffen. Ausgeschlossen sind etwa das Backoffice, das viele Stornierungen abzuwickeln hat.

Wird es auch Entlassungen geben?

Im Moment drohen keine Entlassungen. Wir haben im Verlauf des Jahres bei natürlichen Abgängen teilweise die Stellen nicht neu besetzt.

Bei aller Dramatik: Kann der Kursaal nicht froh sein, hat er finanzkräftige Aktionäre wie das Bauunternehmen Marazzi oder Willy Michel von Ypsomed im Rücken, die Geld einchiessen könnten?

Wenn es zum Schlimmsten käme, liesse sich da sicher etwas machen. Darüber sind wir froh. Wir haben aber auch die Verpflichtung, die Gesundheit unserer Mitarbeiter, die Arbeitsplätze und das Kapital unserer Aktionäre vor Schaden zu schützen. Wir werden deshalb auch ein Gesuch einreichen, um Härtefall-Hilfen zu erhalten, welche der Bundesrat diese Woche beschlossen hat. Diese Kredite erhalten Unternehmen mit über 40 Prozent Umsatzeinbuße, was bei uns der Fall ist. Damit wollen wir den Cashflow bis Mitte des nächsten Jahres sichern.

ANZEIGE

Viktoria
ALTERSZENTRUM



Alterszentrum Viktoria - Wohnen im Grünen Einladung zur öffentlichen Besichtigung

Nutzen Sie die Gelegenheit, das Alterszentrum näher kennenzulernen und sich über die breite Vielfalt an **Zimmer- und Wohnangeboten** mit diversen Dienstleistungen zu informieren. Gerne führen wir Sie durch unsere Räumlichkeiten und stehen Ihnen beim anschliessenden „Zvierli“ für Fragen und Auskünfte zur Verfügung.

Montag, 16. November 2020

Ihre Anmeldung nehmen wir gerne telefonisch unter 031 337 21 11 oder per Mail info@az-viktoria.ch entgegen. Bitte beachten Sie, dass aufgrund der aktuellen Schutzmassnahmen die Teilnehmerzahl beschränkt ist.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

Selbstverständlich stehen wir Ihnen auch ausserhalb der öffentlichen Besichtigungen für ein individuelles Beratungs- und Informationsgespräch zur Verfügung.

Alterszentrum Viktoria AG
Pflege- und Ferienzimmer, Wohnen mit Dienstleistungen, Tageszentrum, Restaurant
Schänzlistrasse 63, 3000 Bern 22, Telefon 031 337 21 11, www.az-viktoria.ch

So viel kostet ein Vorstoss im Parlament

Motionen, Postulate und Co. Wie viel Geld verschlingen eigentlich politische Vorstösse? Könizer Parlamentarier wollten es wissen.

Mal geht es darum, die Parkgebühren zu senken. Dann wird gefordert, neue Velowege zu bauen. Ein andermal soll geprüft werden, wie ein Projekt günstiger realisiert werden könnte. Und mal muss der Gemeinderat Rechenschaft über seine Spesenbezüge ablegen.

Für all diese Anliegen stehen Parlamentariern politische Instrumente zur Verfügung. Ob Motion, Postulat oder Interpellation: Ein Vorstoss macht es möglich, Antworten auf Fragen zu erhalten sowie Forderungen zu stellen – und je nach Zustimmung im Parlament Dinge zu verändern.

Der politische Prozess bedeutet jedoch Aufwand. Jeder Vorstoss muss bearbeitet werden. Manchmal reicht für eine Beantwortung die Verwaltung, je nach Anliegen müssen externe Experten beigezogen, Vergleiche angestellt oder Berichte eingeholt werden. Das alles ist nicht gratis.

Bloss: Wie hohe Kosten lösen parlamentarische Vorstösse tatsächlich aus? Das wollten die Könizer SVP und FDP wissen – und

reichten dafür einen ebensolchen Vorstoss ein. «Auch das Parlament ist in der Pflicht, die Kosten tief zu halten», heisst es im Text der Anfrage, die im Sommer aufgrund der finanziellen Schieflage der Gemeinde Köniz eingereicht wurde.

3000 bis 11'000 Franken

Nun liegt die Antwort der Verwaltung vor: Neun Vorstösse aus den vergangenen Jahren hat sie unter die Lupe genommen. Darunter drei Motionen, drei Postulate und drei Interpellationen. Sämtliche Arbeitsaufwände wurden bei der Kostenberechnung minutiös aufgelistet – von der Besprechung der Vorstösse im Gemeinderat über das Einholen externer Abklärungen bis hin zum Erstellen des Parlamentsprotokolls. Selbst Details wie Druckkosten wurden berücksichtigt.

Das Resultat: Der günstigste untersuchte Vorstoss kostete rund 3000 Franken, der teuerste über 11'000 Franken. «Der Aufwand für die Beantwortung von Vorstössen unterscheidet sich stark», heisst es in der Antwort. Tendenziell sei

der Aufwand bei einer Motion oder einem Postulat grösser als jener bei einer Interpellation oder einer Anfrage.

Der Grossteil des Aufwands könne jeweils verwaltungsintern von den Abteilungsleitenden geleistet werden. Die Konsultation von externen Fachpersonen sei eher selten. Im Text wird festgehalten: «Ein Vorstoss löst ohne das Verfassen der Antwort bereits Kosten von 1500 Franken aus.» Darin enthalten sind die Vor- und Nachbearbeitung, die Koordination, die Behandlung im Gemeinderat und im Parlament sowie die Protokollführung.

Im Durchschnitt verursacht ein Vorstoss Kosten von 5314 Franken. Rechnet man diese Summe auf alle 43 Vorstösse hoch, die 2019 beantwortet wurden, ergibt das knapp 230'000 Franken – also knapp eine Viertelmillion pro Jahr. Übrigens war natürlich auch der Vorstoss von SVP und FDP nicht umsonst. Er kostete 3275 Franken.

Christoph Albrecht